

Paudorf

# Pröll soll gegen Steinbruch helfen

KURIER

6. 10. 2010



Nicht weit von der alten Anlage soll ein neuer Steinbruch entstehen



Dunkelsteinerwald: Ein Tal in seinem Osten ist Ziel der Mineure



Stift Göttweig: Vor den Toren des Ordens, dem das Land gehört, protestierten die Mitglieder der beiden Bürgerinitiativen

Die Gegner eines geplanten Abbaugebietes im Dunkelsteinerwald protestieren morgen im Regierungsviertel.

VON GILBERT WEISBIER

Ein neuer Höhepunkt erreicht der Widerstand gegen einen geplanten Steinbruch in Paudorf, Bezirk Krems: Nach zahlreichen Protestaktionen in der Vergangenheit demonstrieren Bürgerinitiativen morgen Vormittag im Regierungsviertel von St. Pölten und übergeben Landeshauptmann Erwin Pröll eine Petition. Darin fordern sie einerseits das Ende aller Vorbereitungen für den neuen Steinbruch, andererseits eine Unterschutzstellung für den gesamten Dunkelsteinerwald.

Wie berichtet, planen der Grundbesitzer Stift Göttweig

und die Firma Asamer, die im Ort bereits einen Steinbruch betreibt, ein weiteres Abbaugelände als neue Einnahmequelle einzurichten. Schon die bestehende Anlage ermetet trotz verschiedenen Investitionen in die Modernisierung aufgrund von Staub und Lärm, die von dem Werk ausgehen, viel Kritik. Der neue Steinbruch soll



Prohaska steht voll hinter dem Protest

den alten ersetzen, wenn der ausgebeutet ist, und liegt in der Nähe des bisherigen Standortes im östlichen Teil des Dunkelsteinerwaldes. „Wenn das so kommt, liegt der Ortsteil Meidling zwischen zwei Anlagen, die neue sogar westlich davon und damit in der Hauptwindrichtung“, sagt Wolfgang Janisch, Obmann der

Bürgerinitiative „Lebenswertes Paudorf“. Diese Initiative war die erste, die sich gegen das Projekt auflehnte und hat inzwischen von einer zweiten, „Freunde des Dunkelsteinerwaldes“, Schützenhilfe bekommen.

Auch Paudorfs Bürgermeister Leopold Prohaska stimmt sich gegen den neuen Steinbruch und informiert die Bürger über alle Neuigkeiten.

Ursprünglich war im Land geplant, das Gebiet im

Raumordnungsprogramm als Eignungszone auszuweisen. Doch dazu ist es nicht gekommen: Die Landesregierung hat den entsprechenden Beschluss nicht gefasst. Offenbar auch wegen der anhaltenden Proteste. Da die Raumordnungspläne nicht allzu häufig geändert werden, ist damit vorerst eine wichtige Bedingung für die Genehmigung des Steinbruchs gefallen. Trotzdem laufen Sondierungen weiter. Die Bürgerinitiative will auch die unterbinden.